

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 18. November 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. November 2021)

zum Thema:

Hundenauslaufplätze

und **Antwort** vom 06. Dezember 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Dez. 2021)

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/10153
vom 18. November 2021
über Hundeauslaufplätze

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Fragen betreffen in Teilen Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort zukommen zu lassen und hat daher den Bezirk Marzahn-Hellersdorf um Sachstandsmitteilung gebeten. Die Auskünfte sind in den Antworten berücksichtigt.

1. Wie weit sind die Planungen seitens des Bezirks Marzahn-Hellersdorf, einen Hundeauslaufplatz an der Gehrenseestraße einzurichten?

Zu 1.: Konkrete Planungen dazu liegen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vor, da angesichts fehlender personeller Ressourcen vorrangig über Förderprojekte bewilligte und ausfinanzierte Maßnahmen umgesetzt werden.

2. In wessen Besitz befindet sich die Fläche?

Zu 2.: Zum Teil befindet sich die Fläche im Eigentum des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA), eine Teilfläche gehört der Deutschen Bahn AG.

3. Welche vorbereitenden Arbeiten sind zur Ausweisung nötig, und wie hoch sind die Kosten?

Zu 3.: Zur Vorbereitung der Ausweisung sind die Klärung von Grundstücksangelegenheiten mit der Deutschen Bahn AG, die Abstimmung der Planung zu 20 grünen Hauptwegen sowie die Klärung von Arten- und Naturschutzbelangen notwendig. Zu den Kosten kann zum jetzigen Zeitpunkt angesichts des Standes der Planungen noch keine Aussage getroffen werden.

4. Bis wann soll der Hundebereich eingerichtet sein?

Zu 4.: Ob die Planungsidee am betreffenden Standort realisiert werden kann, ist noch offen. Aus diesem Grund kann auch noch kein Termin benannt werden.

Berlin, den 6. Dezember 2021

In Vertretung
Margit Gottstein
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung